Freiheitsfackel

MITTEILUNGSBLATT

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E. V. LANDESVERBAND BERLIN

Nummer 9 September 1957

Bundestagswahl 15. September 1957

Jede Wahl zu den Parlamenten muß uns Anlaß sein, kritische Betrachtungen darüber anzustellen, ob sich die neue politische Entwicklung seit 1945 in Deutschland weiterhin durch eine gefestigte demokratische Tendenz auszeichnet oder ob Befürchtungen wegen einer Wiederholung der in der Weimarer Epoche miterlebten parlamentarischen Labilität begründet sind. Unsere kritische Beobachtung darf sich dabei nicht nur auf die Entwicklung innerhalb der einzelnen Parteien beschränken. Aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit müssen wir vielmehr besonders auf die Gefahren achten, die bei einer nicht vorhandenen gemeinsamen Plattform der parlamentarischen Kräfte aus dem demokratischen System selbst entstehen können.

Wir wissen, daß die Weimarer Republik an ihrer Struktur als Vielparteienstaat zerbrach. Durch die Vielzahl der Parteien lebten wir immer in unklaren Verhältnissen. Sowohl die Führung als auch die Verantwortung in unserer Republik waren durch die jeweilige Beteiligung von zahlreichen Splittergruppen so stark aufgespalten, daß in den kritischen Jahren vor 1932 keine politische Gruppe und keine Persönlichkeit stark genug war, um den allgemeinen Kampf gegen die Feinde der Demokratie zu proklamieren.

Ein Studium der parlamentarischen Systeme in unseren Nachbarstaaten überzeugt uns davon, daß nur das System der großen Parteien — das praktisch immer in einem Zweiparteiensystem mündet — auch einem demokratischen Staat die Regierungsstabilität verleiht, die kritische Situationen sowohl auf dem Gebiet der Innen- als auch der Außenpolitik mit der oft erforderlichen Fähigkeit zur schnellen und klaren Entscheidung meistern kann.

Es kann heute darauf hingewiesen werden, daß die westlichen Besatzungsmächte das deutsche Volk dem Risiko des Verhältniswahlsystems beim Neuaufbau unserer Demokratie ausgesetzt haben, obwohl sie aus eigenen Erfahrungen wußten, wie stabil auf Grund eines Personen-Wahlsystems die demokratischen Verhältnisse in den USA und in Großbritannien sind, und wie labil sie auf Grund des Verhältniswahlsystems seit eh und je in Frankreich bleiben. Es wäre einer intensiven Untersuchung wert, wie es trotzdem geschehen konnte, daß in der Bundesrepublik Deutschland über drei Bundestagswahlen hinweg der eindeutige Weg zum Zweiparteiensystem gegangen wurde. Die Feststellung selbst muß jeden Demokraten über die politische Entwicklung in unserem Vaterlande beruhigen.

Es ist unsere Pflicht, diese Entwicklung in jeder Form und mit allen Mitteln zu fördern. Das bedeutet u. a., daß wir uns auch darüber klar werden müssen, ob in den beiden Parteien, der CDU und der SPD, die Voraussetzungen für die Behauptung, daß uns auch in Zukunft

(Fortsetzung S. 3)

Der Freiheitsbund als politisches Organ für die Sicherung und Weiterentwicklung unserer gemeinsamen demokratischen Ideale:

Unserem 1. Vorsitzenden, Kameraden Karl J. Germer, gingen nachstehende Erklärungen zu, die der Unterstützung unserer Arbeit dienen sollen:

Nach Abschluß des Wahlkampfes um die Besetzung des Dritten Deutschen Bundestages tritt der Alltag mit seinen in Berlin vielfältigen und schwierigen Aufgaben wieder an uns alle heran.

In Berlin haben wir besonders darauf zu achten, daß bei allen parteipolitischen Auseinandersetzungen niemals vergessen werden darf, daß wir, in einer gespaltenen Stadt lebend, besonders die Grundlage unseres demokratischen Staatswesens sichern müssen.

Auch der **Freiheitsbund** hat bei diesen Bemühungen eine wichtige Aufgabe; gilt es doch, mehr als bisher,
den Schwachen zu helfen,
den Aufbau zu fördern
und die Freiheit zu sichern.

September 1957 Franz Neumann

*

Erfreulicherweise hat der hinter uns liegende Wahlkampf im westlichen Bundesgebiet gezeigt, daß die extremen antidemokratischen Gruppen auf keine nennenswerte Gefolgschaft rechnen können. **Es wäre jedoch falsch, sich mit einer solchen Feststellung zufriedenzugeben.**

Der westdeutsche Wahlkampf fordert eine Reihe kritischer Überlegungen geradezu heraus. Er hat die Notwendigkeit, die Grundlagen unserer Demokratie zu festigen und aktiv für sie einzustehen, nicht widerlegt, sondern er hat diese Notwendigkeit nachdrücklich unterstrichen.

Gerade hier bei uns in Berlin bedarf es einer lebendigen Anteilnahme der Bevölkerung, wenn es sich darum handelt, unsere freiheitliche und rechtsstaatliche Ordnung zu verteidigen. Nicht nur gegen offene Widersacher, sondern auch gegen Wühlmäuse!

In diesem Sinne grüße ich den **Freiheitsbund** und die in selbstlosem Einsatz verbundenen Kameraden.

25. September 1957 Willy Brandt

Sonderdelegiertenkonferenz

des Freiheitsbundes e. V.
Landesverband Berlin

am 26. Oktober 1957

Orts- und Zeitangabe sind der schriftlichen Einladung zu entnehmen.

die stabile Demokratie erhalten bleibt, gegeben sind.

Was die CDU angeht, ist die Feststellung obenan zu setzen, daß diese Partei bei der internen Durchorganisation ihres Apparates gewissermaßen aus dem Vollen schöpfen kann. Alle Möglichkeiten der politischen Elite-Bildung stehen ihr zur Verfügung. Sämtliche Gebiete der Staatsführung in Regierung, Verwaltung und in der Kontaktpflege mit der Bevölkerung kann sie ausschöpfen. Es muß im wohlverstandenen allgemeinen demokratischen Interesse ausgesprochen werden, daß zu hoffen bleibt, daß diese Partei sich vor allem darüber im klaren ist, daß für unsere deutsche Politik nur dann feste Fundamente erstellt sind, wenn diese Fundamente bereits für den gesamtdeutschen Staat geplant sind. Es ist davor zu warnen, daß die durch die internationale Situation zwangsläufig in den Vordergrund tretenden außenpolitischen Erfolge zu leicht vergessen lassen, daß die wirklich großen vor uns stehenden Probleme erst um die politische und vor allem um die wirtschaftliche Verkraftung des Wiedervereinigungsvorganges geballt sein werden.

Was die SPD angeht, so kann man die Feststellung voransetzen, daß der Wahlgang am 15. September 1957 zwei Dinge bewiesen hat:

Die SPD hat einen festen Wählerstamm, der etwa 30 Prozent der Gesamtwählerschaft ausmacht. Diesen Wähleranteil hatte die SPD — woran erinnert werden muß — bereits in der Weimarer Zeit. Während es aber damals zu der selbstverständlichen Übung aller Politiker gehörte, die Voraussetzung jeder Regierungsbildung aus den Koalitionsmöglichkeiten mit anderen Parteien abzuleiten, ergibt sich heute für die SPD als neue Erkenntnis, daß sie in unserem jetzigen Zeitparteienstaat nur dann die Chance einer sozialdemokratischen Regierungsbildung hat, wenn sie 50 Prozent der Wählerschaft gewinnt. Diese Erkenntnis ist in sozialdemokratischen Kreisen bereits seit Jahren diskutiert worden. Konsequenzen

(Fortsetzung S. 4)

Aus den Bezirken

Bezirk Wedding meldet:

Als erster Bezirk hat Wedding von der in der Freiheitsfackel vom Juli 1957 veröffentlichten Referentenliste Gebrauch gemacht und den Kameraden Dr. Wenzel gebeten, in der Mitgliederversammlung am 13. September 1957 über das Thema „Sowjet-Deutschland-Politik, Geschichte der Koexistenz" zu referieren.

Kamerad Wenzel gab einen von der gut besuchten Versammlung mit größtem Interesse aufgenommenen Rückblick über Rußland und die Anfänge des Bolschewismus. Von der Forderung der Matrosen von Kronstadt im Jahre 1921 nach „demokratischer Freiheit" bis zu der Nichtbeachtung dieser Grundforderung während der Ereignisse anläßlich des Ungarn-Dramas 1956 reichte die Darstellung. Die Fehler, die von Beginn an in der Frage Bolschewismus oder Demokratischer Sozialismus begangen wurden, reichen in Deutschland bis 1923 mit seinem irrigen Glauben an eine russische Koexistenz zurück. Aber erst die brutale Blockade Berlins wurde das Sturmzeichen für die westliche Welt. Heute weiß die ganze freie Welt, daß es ein friedliches Zusammenleben mit Rußland nur geben kann, wenn die freie Welt stark ist, und der Bolschewisierung der noch unabhängigen Staaten Einhalt gebieten kann.

Kamerad Buhl gab anschließend einen Bericht über die zukünftigen Aufgaben unseres 1. Vorsitzenden, Kamerad Germer, welchem alle anwesenden Kameraden zustimmten. Sie erklärten ihre Bereitschaft, Kameraden Germer mit aller Kraft zu unterstützen.

Bezirk Wedding:
1. 10. 1957, 19.30 Uhr: Funktionärssitzung, Lokal Pimpler.
15. 10. 1957, 19.30 Uhr: Versammlung aller Unterbezirke, Lokal Pimpler.
Ab 3. 10. 1957, jeden Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr, Berlin N 20, Böttgerstraße 4-5, neue Turnhalle, Turnabend.

Bezirk Neukölln:
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Funktionärssitzung; jeden letzten Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung, Ort: Schule Weisestraße.

Bezirk Steglitz:
18. 10. 1957, 19.30 Uhr: Mitgliederversammlung und Filmabend. Clubhaus, Humboldtstraße 26. Gäste willkommen.

Bezirk Tempelhof:
Keine Veranstaltung.

Bezirk Reinickendorf:
Keine Veranstaltung.

Bezirk Kreuzberg:
Keine Veranstaltung.

Bezirk Tiergarten:
Keine Veranstaltung.

Bezirk Schöneberg:
24. 10. 1957, 19.30 Uhr: Mitgliederversammlung.

Bezirk Spandau:
9. 10. 1957, 20.00 Uhr: Mitgliederversammlung, Restaurant Jagoweck.

Bezirk Charlottenburg:
25. 10. 1957, 19.30 Uhr: Mitgliederversammlung.

entsprechender Art wurden jedoch nicht gezogen, so daß die so oft ironisch aufgestellte Behauptung, die Wahlarbeit der SPD beschränke sich darauf, die eigenen Mitglieder als Wähler zu gewinnen, zweifellos übertrieben ist, im Ansatzpunkt jedoch berechtigt bleibt.

Wenn die erkennbare Entwicklung zum Zweiparteienstaat auch in die Zukunft hinein positiv beurteilt werden soll, so ist dieses Urteil an die Bedingung gebunden, daß die Sozialdemokratische Partei den Weg zu der umfassenden Volkspartei (mit der Basis um 50 Prozent der Wähler) gehen muß. Dabei kann ihr ein Hinweis dienlich sein, den die Wähler selbst gegeben haben: 194 direkte, personengebundene Mandate gewann die CDU/CSU, und 46 erhielt die SPD. Unsere Zukunft wird keine Weltanschauungsparteien kennen, weil es keine moralischen, politischen oder sozialen Monopole mehr gibt. Hat nicht die CDU weitgehend alte sozialdemokratische Theorien und Forderungen realisiert?

Die Erhebungen im Anfang des jetzt abgeschlossenen Wahlkampfes haben gezeigt, daß die Bevölkerung insofern beste Voraussetzungen für den Zweiparteienstaat besitzt, als die damaligen Feststellungen ziemlich eindeutig bewiesen, daß weite Kreise der Bevölkerung bei aller Hochachtung gegenüber den Leistungen der amtierenden Regierung bereit waren, für eine Wachablösung zu plädieren. Dieses gesunde Empfinden dafür, „daß nun auch einmal die anderen 'ran sollen", ist die lebensnotwendige psychologische Ergänzung, die aus dem Volk selbst herauskommend, alle Gefahren des Zweiparteiensystems, die sich aus einer Versteinerung der Regierungsvollmachten ergeben könnte, abfangen will. — In diesem Zusammenhang muß das aus dieser Entwicklung resultierende Zusammenschrumpfen der liberalen Kräfte als selbständige politische Partei gewertet werden. Wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß SPD und CDU bereits hörbar zu Kündern liberaler Tendenzen geworden sind, so würde doch die Lebensnotwendigkeit des „liberalen Geistes" für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft am besten dadurch demonstriert, daß Persönlichkeiten, die mit dem Liberalismus identifiziert sind, das politische Gesicht der beiden großen Parteien sichtbar mitformen würden.

Was die bundesrepublikanische Entwicklung nach 1945 angeht, kann die Behauptung aufgestellt werden, daß die Demokratie der Deutschen alle Risiken in dieser turbulenten Zeit positiv überwunden hat. Die Freude darüber darf uns nicht vergessen lassen, daß die eigentliche Bewährungsprobe aber erst in unserem Gesamtdeutschland gestellt sein wird.

Karl. J. Germer

Unser Zeltlager in diesem Jahr

Wenn am 29. September unser Zeltlager in Hakenfelde abgebaut wird, werden die Kameraden, welche ihren Urlaub oder ihr Wochenende dort verbrachten, mit Wehmut an die schönen Stunden, Tage und Wochen zurückdenken, welche ihnen der Aufenthalt im Lager bescherte. Als vor drei Jahren begonnen wurde, aus wüstem Gelände ein Zeltlager zu machen, ahnte noch niemand, welche Formen dieses einmal annehmen würde. Auch in diesem Jahre wurde durch den Arbeitswillen der Kameraden die Ausgestaltung weiter vorangetrieben. Der Bestand an Zelten nahm erheblich zu. Der Sportplatz wurde neu planiert und die Rasenbank, welche ihn begrenzt, ausgebessert. Flächen, welche keinen Bewuchs mehr hatten, wurden mit Grasplatten belegt. Wege wurden durch das ganze Gelände gezogen, um ein ruhiges Gedeihen von Farnen und Gras zu ermöglichen. Kiefern und Farne wurden neu angepflanzt. Durch die Vermittlung unseres Kameraden Karl Germer erstellte uns eine Werkstatt kostenlos drei Torpfeiler und einen Betonsockel für unsere zweite Waschanlage. Ein Tor und

(Fortsetzung S. 5)

Abschied von Otto Suhr

Und wieder hat der Tod eine Lücke in die Reihe derer gerissen, deren selbstloses, unermüdliches Schaffen nur ein Ziel hatte: den Wiederaufstieg Berlins zur Hauptstadt eines in Freiheit wiedervereinigten Deutschlands. Mit unvorstellbarer Energie hatte sich Otto Suhr gegen die tödliche Krankheit, die ihn schon seit über einem Jahr gepackt hatte, gewehrt und in selbstverzehrendem Pflichtgefühl seine schweren Aufgaben als Berlins Regierender Bürgermeister zu meistern versucht. So sehr hat sich Otto Suhr die Achtung und Verehrung der Menschen erworben, daß nicht nur die Bevölkerung Berlins, sondern auch die höchsten Vertreter des politischen und kulturellen Lebens der Bundesrepublik von ihm schmerzerfüllt Abschied nahmen.

Bundespräsident, Bundestagspräsident, Bundeskanzler und Oppositionsführer ehrten in Otto Suhr den Mann, der neben Ernst Reuter und Louise Schroeder entscheidenden Anteil an der Selbstbehauptung unserer Stadt hat, und der durch sein beispielhaftes Wirken immer dafür eintrat, daß trotz schärfster politischer Gegensätze niemals die Achtung vor dem Gegner und seiner Meinung verloren gehen darf. Der Freiheitsbund ehrte den großen Toten durch Stellung einer Ehrenkompanie. W. E.

eine Tür sind bereits fertig und warten nur auf ihren Einbau. 40 Betonzaunpfähle und 100 m Zaundraht liegen bereit, um das erste Stück unseres neuen Zaunes zu bilden. Wir hoffen, daß derselbe noch in diesem Herbst aufgestellt wird.

Alle Besucher unseres Sommerfestes waren erstaunt, welche Fortschritte unser Lager auch in diesem Jahre wieder gemacht hat.

Ein ordentlich eingerichtetes Sanitätszelt wurde errichtet, ein schon vorhandener Material- und Werkzeugwagen von unserem Kameraden Hans Tempelin vorbildlich eingerichtet und verwaltet. Die Kameraden Gerhard Saul und Heinz Behncke organisierten den Arbeitsdienst. Einen ständigen Sanitätsdienst hielten die Kameraden Kurt John und Manfred Hausam aufrecht. Hinweisschilder für Kraftfahrzeugbesitzer wurden aufgestellt, um ein diszipliniertes Fahren im Lager und Parken auf dem dafür vorgesehenen Platz zu gewährleisten. Am Eingang des Lagers fällt dem Besucher sofort ein Schild des Freiheitsbundes ins Auge, dessen künstlerische Anfertigung unser Kamerad Heinz Hagen übernahm. Gleich dahinter ein „Wegweiser durch unser Lager", auch er ein Werk unseres Kameraden Hagen. Auf ihm ist jede Einrichtung des Lagers bildlich erfaßt und jeder Lagerfremde findet auf ihm, was er innerhalb des Lagers sucht. Materialwagen und Wachhäuschen wurden gestrichen. Nicht jeder Kamerad hat eine Vorstellung davon, wieviel freiwillige Arbeitsstunden nötig waren, um all dieses zu leisten. Die Krönung der Arbeit war dann das Sommerfest. Zelte wurden umgebaut, Schießstand und Ausstellung aufgebaut. Großzelte für Übernachtungen errichtet und das Lager auf Hochglanz poliert. Gras mußte gemäht werden, altes Strauchwerk entfernt und die Aufstellung des neuen Zaunes vorbereitet werden. Alles mußte bis zum

17. August geschafft sein — und wurde geschafft. Nicht genug Dank kann allen Kameraden und deren Frauen gezollt werden, welche zum Gelingen des Festes beitrugen. Auch an den Tagen des Festes waren Männer und Frauen noch unermüdlich tätig. Es wurde ein Erfolg.

Als dann der Revierförster erklärte, daß wir auf den Zustand des Lagers stolz sein könnten, er uns darüber hinaus noch kostenlose zusätzliche Bepflanzung und Unterstützung bei der Erweiterung des Lagers zusagte, wußten alle Mitarbeiter, daß sich der Einsatz gelohnt hatte.

Zur Belohnung für dieses gelungene Fest lud Kamerad Franz Gebel alle Kameraden und deren Frauen, welche am Sommerfest mitgearbeitet hatten, zu einem gemütlichen Beisammensein in seinem Lokal ein. Es wurde ein frohes Fest. Kamerad Gebel, der beim Sommerfest den Ausschank hatte, trug in jeder Weise dazu bei, daß beste Stimmung herrschte und Getränke reichlich vorhanden waren. Tanz und fröhlicher Gesang beschloß den Abend.

Nun ist es soweit, an den Abbau des Lagers zu denken. Doch auch im Winter darf die Arbeit für das Lager nicht ruhen. Es liegen viele Bestellungen für Hartfaserzelte vor und die sollen wieder von einer Werkstatt angefertigt werden, um unseren Kameraden diese Arbeit abzunehmen und eine Gleichheit in der Ausführung zu gewährleisten. Die Leitung und Verwaltung des Lagers wird neu geregelt werden müssen. Nachdem viele Kinderkrankheiten überwunden sind, die Finanzierung keinen so breiten Raum mehr im Etat des Freiheitsbundes bildet, ist das Mitspracherecht der Kameraden unerläßlich und die Landesleitung wird ihren Wünschen weitgehendst entgegenkommen müssen.

Abschließend glaube ich sagen zu können, daß wir in diesem Jahre in Hakenfelde ein gutes Stück vorangekommen sind und das nächste Jahr uns alle — und noch viele Kameraden mehr — als ständige Gäste im Lager sehen wird. Nun also heran an die Winterarbeit — und noch einmal Dank allen Kameraden und deren Frauen, welche so tatkräftig im Lager geschafft haben. Euer B. F.

Hier spricht die FB-Jugend

Am 2. Oktober 1957 Sitzung der Bezirksjugendleiter im Kaminzimmer des „Telegraf".

Beim Landesjugendleiter, Kameraden Bernhard F e l d m a n n , liegt jetzt politisches Informationsmaterial, das sich auch für die Jugendarbeit eignet, zum Au[illegible] leihen bereit. Interessierte Kameraden können sich aus vorliegenden Listen über den Umfang des Materials informieren und ihren Bedarf melden.

Alle Kameraden, die bereit sind, in unserer Werbegruppe mitzuarbeiten oder die Photos und Andenkenmaterial zur Verfügung stellen können, melden sich beim Kameraden Heinz H a g e n.

Referentenvermittlung:

Als Referent für Veranstaltungen des Freiheitsbundes hat sich nunmehr auch

Dr. Franz S e u m e ,

der neue Bundestagsabgeordnete der Berliner SPD, zur Verfügung gestellt.

Dr. Franz Seume, der als Wirtschaftsexperte bekannt ist und seinerzeit Vizepräsident der Berliner Zentralbank war, kann unsere Kameraden vor allem über „Die wirtschaftlichen Probleme der deutschen Wiedervereinigung" unterrichten. Wir empfehlen d r i n g e n d , von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Ist die „National"armee in der Sowjetzone eine „Volks"armee?

Autoritäre Systeme lieben es, sich durch die Bezeichnungen ihrer Staatsorgane mit dem Wort „Volk" populär zu machen, weil es ihnen an einer Verbindung zu den breiten Massen des Volkes mangelt.

Als der Unrechtsstaat Hitlers in Todeszuckungen lag, wurden die „Volks"-grenadier-Divisionen geschaffen. Da jeder Soldat den Feldmarschallstab im Tornister hatte — in Wirklichkeit war aber ein Nachwuchs an Offizieren nicht mehr vorhanden — wurde ein neuer Offizierstyp kreiert. Der „Volks"offizier mit Arbeitergesicht — im Landserjargon „Vomags" genannt — sollte der sich auf „ihre inneren Schwerpunkte" zurückziehenden deutschen Armee wieder Auftrieb geben und den Angriff in Feindesland tragen. Um die enge Verbindung zwischen Heimat und Front, zwischen dem Volk und dem Soldaten, auch äußerlich zu kennzeichnen, wurden die soeben fertiggestellten Waffen den Soldaten durch die Arbeiter des Rüstungswerkes ausgehändigt.

Erinnern wir uns an jene Zeiten, dann wird uns klar, warum in der sowjetzonalen Presse von der „Volks"polizei, den „Volks"polizeioffizieren, von der „Volks"armee oder „National"armee oder von der „Arbeiter"- und „Bauern"-macht gesprochen wird. Beruft man sich auf das „Volk", dann ist etwas faul... Wir Älteren wissen aus eigener Erfahrung, wie die Kommunisten in der Weimarer Zeit die Farben Schwarz-Rot-Gold besudelt haben, wie sie überhaupt gegen jegliche staatliche Einrichtung Stellung nahmen. Ihr Haß ging so weit, daß sie im Preußischen Landtag bei der Beratung des Haushaltsplanes sogar gegen die Rationssätze für Diensthunde der Polizei stimmten.

Dann kam das Nazireich und die Nacht senkte sich über Deutschland. Die Kommunisten aber lernten sehr viel!

Als das „tausendjährige Reich" 1945 in Schutt und Trümmern versank, hielten die Bolschewisten in Deutschland ihre Stunde für gekommen. Willfährige Subjekte gingen auf den Dummenfang ein. Lieber Offizier in einer bolschewistischen Armee als das Schicksal als Reisender usw. zu tragen. So haben sich leider viele Offiziere bereit erklärt, dem bolschewistischen Sirenenklang zu folgen.

Offiziere der Hitler-Wehrmacht bildeten die ersten „Kader" der „Volks"-polizei aus. Sie wurden unterstützt von den Kommunisten, die nach 1933 emigrieren mußten und auf spanischem Boden in der internationalen Brigade kämpften. Selbstverständlich halten die Kommunisten in der „Volks"polizei oder in der „National"armee alle Schlüsselstellungen in ihrer Hand. Wir sehen hier aber eine ähnliche Entwicklung wie von der zaristischen zur roten Armee. Die Offiziere des Zaren waren gut genug, das Führerkorps der roten Armee auszubilden. War der Nachwuchs herangezogen, so wurden die ehemaligen zaristischen Offiziere entlassen. So sehen wir, daß in der Sowjetzone Offiziere der Hitler-Wehrmacht wichtige Positionen im Augenblick in der „Volks"polizei und in der „National"armee einnehmen. Sie haben aber nur die Aufgabe, die Führer heranzubilden. Ist erst der linientreue Nachwuchs geschaffen, dann werden die Offiziere der Hitler-Armee in nachgeordneten Stellungen Verwendung finden oder sie werden entlassen.

War es nicht ein bedenkliches Zeichen, daß in den letzten Jahren des Krieges in der Wehrmacht der „nationalsozialistische Führungsoffizier" eingeführt wurde, der mit dem „Politruk" der bolschewistischen Armee gleichzusetzen ist? Die Landser bezeichneten diesen Offizier, der offiziell die Bezeichnung „NSFO" hatte, mit „NSF Null", um damit zu dokumentieren, daß sein Gerede von dem Siegeswillen gleich null ist. Doch in der gleichen Zeit, als Hitler diesen Parteibeauftragten innerhalb der Wehrmacht schuf, setzte Stalin den „Politruk" ab, weil er ihn durch seine Propaganda für den „Vaterländischen Krieg" nicht mehr nötig hatte.

Nach 1945 führte man den „Politruk"

in der sowjetrussischen Armee wieder ein, da die Parteianhänger einen Posten haben mußten. Auch die „Volks"polizei und die „Nationalarmee" verfügen über die Einrichtungen eines Politruk. In der sowjetzonalen Sprachregelung wird er als „Politoffizier" bezeichnet. Es liegt auf der Hand, daß die Kommunisten, die in der Weimarer Zeit über keinen großen Funktionärkörper verfügten, diesen erst recht nicht nach den Jahren des „tausendjährigen Reichs" hatten. Konjunkturritter hat es aber zu allen Zeiten gegeben. Heute ist die Situation so, daß den wenigen kommunistischen Spitzenfunktionären aus den Jahren vor 1933 viele „Politoffiziere" gegenüberstehen, die in der Staatsjugend (HJ) erzogen worden sind. Diese jungen Menschen stehen vor den Kompanien der „Volks"-polizei und der „National"armee und reden gegen ihr eigenes Gewissen von den Instruktionen, die ihnen die „Führung" erteilt. Ist das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den „Politoffizieren" und den Truppenoffizieren in den untersten Einheiten noch zugunsten der Truppenoffiziere, so ändert sich bereits bei den Bataillonen, Regimentern und Divisionen das Verhältnis eindeutig zugunsten der „Politruks". Die Erfahrungen, die sich die russischen Bolschewisten zu eigen gemacht haben, werden in der sowjetzonalen Armee ausgenutzt. Ein Divisionskommissar kann in der militärischen Hierarchie über alle untergeordneten Offiziere bestimmen. So sind einige wenige „Politoffiziere" entscheidend für den Geist der Truppe.

Die sogenannte „Freie deutsche Jugend", die in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch den Militarismus verpönte, wirft sich heute als dessen Beschützer auf. Sie fordert, daß jeder wehrhafte deutsche Mann sich der „National"armee zur Verfügung stellt. Welcher Widersinn liegt darin, daß die Mitglieder der FdJ bei Demonstrationen Pappschilder tragen, auf denen vermerkt ist, daß sie gegen den faschistischen Militarismus in Westdeutschland kämpfen, gleichzeitig aber Formationen mitmarschieren, die Gewehre mit sich tragen, um die „Arbeiter- und Bauernmacht" zu verteidigen.

Aber auch die Mentalität des deutschen Volkes haben sich die sowjetzonalen Machthaber zunutze gemacht. Hatte man zuerst den Uniformschnitt der sowjetischen Armee für die bewaffneten Formationen der Volkspolizei und der Nationalarmee eingeführt, so haben die Manager des Regimes bald erkannt, daß damit bei der Bevölkerung in Mitteldeutschland keine Sympathien zu gewinnen sind. Der „Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisrock", der wegen seines antiquaren Aussehens in der Nazizeit für das deutsche Heer eingeführt wurde und bei den Landsern auf Ablehnung stieß, war den Kommunisten in Mitteldeutschland gut genug, um das Ansehen der Truppe bei der Bevölkerung zu heben. Einzig und allein hat man den russischen Stahlhelm beibehalten, um zu zeigen, daß man sich dem großen Bruder gehorsam unterwirft.

In diesem Zusammenhang soll nicht untersucht werden, welche Rolle die bewaffneten Formationen in Mitteldeutschland bei einer gewaltsamen Auseinandersetzung zu spielen haben. Das Schicksal der Wolgadeutschen während des zweiten Krieges hat eindeutig gezeigt, wie die bolschewistische Führerclique jedem mißtraut, der nur einen Tropfen deutschen Blutes in sich hat.

In jeder wichtigen Position hat die SED die Zügel in der Hand. In Verbindung mit den „Betriebskampfgruppen", die die „Arbeiter- und Bauernmacht" — lies: Parteiherrschaft der SED — stärken und verteidigen sollen, hat sich diese Staatspartei nur ein machtvolles Organ geschaffen, um gegen das Volk zu regieren.

Die Manager des Regimes glauben, wenn sie das Wort „Volk" in ihrem Wortschatz verwenden, die Zustimmung des Volkes dazu zu haben. Daß dieses nicht zutrifft, werden sie eines Tages bemerken müssen.

Kurt Noma

Herausgeber: Freiheitsbund e. V., Landesverband Berlin. **Verantwortlich:** Karl J. Germer, Berlin-Steglitz, Opitzstraße 3, Telefon 72 55 61. **Druck:** Rudolf Otto, Berlin W 35, Lützowstraße 63, Telefon 24 26 83 und 24 77 01.